

23. Dezember 2015

Ministerium: Äußerungen der CDU "gehen am Sachverhalt vorbei"

Reaktion aus Stuttgart im Streit um Fördermittel für das Biosphärengebiet: Kritik an Stellungnahme des CDU-Fraktionsvorsitzenden Oliver Rein.

BREISGAU-HOCHSCHWARZWALD (swo). Nächste Runde im Streit um den Projektfonds für das Biosphärengebiet Schwarzwald: Nachdem der CDU-Kreisvorsitzende Oliver Rein dem Land "Wortbruch" vorgeworfen hat, meldet sich nun das Ministerium für den Ländlichen Raum (MLR) zu Wort. Die Äußerungen Reins "gehen am wahren Sachverhalt weit vorbei", heißt es in einer Stellungnahme aus Stuttgart.

Der Hintergrund

Der Kreistag hatte auf Antrag der CDU gegen die Beteiligung an einem Projektfonds für das Biosphärengebiet gestimmt. Dabei ging es um Fördermittel in Höhe von 360 000 Euro. Das Land will jedes Jahr 60 000 Euro geben, wenn die Beteiligten Landkreise dieselbe Summe aufbringen. Der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald will dafür keine 8000 Euro im Jahr zahlen. Andere Kreise hatten bereits zugestimmt. Einer (Waldshut) hatte den Vorbehalt formuliert, dass dieser Beschluss nur dann gelte, wenn alle anderen Partner auch zustimmen. Der Beschluss ist somit hinfällig, die Finanzierung des Projektfonds ist demnach bislang nicht gesichert.

Der Streit

Um den Fonds dennoch ins Leben zu rufen, wurde bislang ein Vorschlag vom Regierungspräsidium Freiburg ins Spiel gebracht. Dieser sieht vor, dass die anderen Kreise (Lörrach, Waldshut, Freiburg) die 8000 Euro übernehmen. Im Gegenzug könnten die Kommunen aus dem Breisgau-Hochschwarzwald, die sich an dem Biosphärengebiet beteiligen, von den Mitteln des Projektfonds abgeschnitten werden, da von dieser Seite eben nichts eingezahlt wird. Die Basisfinanzierung würde das nicht betreffen. Entschieden ist über diesen Vorschlag nicht. Daraufhin warf die CDU-Kreistagsfraktion dem Land vor, sich nicht an Zusagen zu halten. Rein schrieb zudem, das Land habe einen Ordnungs- und Vereinbarungsentwurf "einseitig" überarbeitet und den Kommunen wenig Zeit für die Beratung gelassen.

Die Antwort aus dem Ministerium

Das MLR kann die Argumentation der CDU nicht nachvollziehen. Zum einen, da die Grundfinanzierung des Biosphärengebiets stehe. Diese sieht vor, dass das Land drei Jahre lang 660 000 Euro bezahlt. Nach drei Jahren wird dieser Betrag im Verhältnis 70 (Land) zu 30 (Kommunen) aufgeteilt. Zu diesem Grundbetrag für Personal, Geschäftsstelle und Gelder für Projekte werde der zusätzliche Fonds angeboten. Das Angebot von Minister Alexander Bonde aus dem Januar, jedes Jahr 60 000 Euro zu zahlen, wenn die kommunale Seite denselben Betrag bringt, stehe weiterhin. "Es liegt in der freien Entscheidung der kommunalen Gremien, ob sie diese zusätzlichen

Projektmittel für die Gemeinden im Biosphärengebiet ermöglichen oder ablehnen", schreibt das MLR.

Die Rechtsverordnung für das Biosphärengebiet sei zudem "in einem mehrjährigen Beteiligungsprozess entstanden und wird exakt so wie mit den Gemeinden verhandelt Anfang 2016 in Kraft treten", heißt es aus der Pressestelle des MLR.

Das Land und das Ministerium für den Ländlichen Raum "stehen also exakt zu den getroffenen Zusagen an die Region und gehen mit ihrem finanziellen Angebot sogar deutlich darüber hinaus", heißt es in dem Schreiben aus dem Ministerium von Dienstag.

Außerdem wird gegen die Kritik argumentiert, das Gebiet sei unterfinanziert, wie sie etwa von der FDP-Kreistagsfraktion vorgebracht wurden. "Dass es mit diesen Mitteln möglich ist, ein Biosphärengebiet zum Erfolg zu führen, zeigt vorbildhaft das Biosphärengebiet Schwäbische Alb." Darüber hinaus seien weitere Fördermittel bewilligt. Auf Antrag der SPD-Landtagsfraktion sei im Haushaltsverfahren beschlossen worden, in der Anfangsphase zusätzliche Projektmittel von 60 000 Euro zu finanzieren.

Autor: swo